

An die Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

Fulda, 19.08.2019

36037 Fulda

Antrag

Solidarität für Seenotgerettete

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

dass jedes Jahr tausende Menschen auf ihrem Weg nach Europa im Mittelmeer sterben ist genauso ein unerträglicher Zustand wie, dass einige Mitgliedsländer der Europäischen Union zivilen Seenotrettungsorganisationen die Unterstützung verweigern. Wir als Stadtfraktion Bündnis 90/Die Grünen sind der Ansicht, dass kommunale Politik ihren Beitrag zur Entkriminalisierung der Seenotrettung und einer menschenwürdigen Aufnahme geflüchteter Menschen leisten kann und auch muss.

Langfristig gesehen müssen selbstverständlich weiterhin Fluchtursachen bekämpft, legale Fluchtmöglichkeiten eröffnet und ein faires System zur Verteilung der Geflüchteten auf europäischer Ebene entwickelt werden. Als Demokrat*innen in einer der reichsten Industrienationen dieser Welt sind wir jedoch verpflichtet, die Retter*innen zu unterstützen. Der Entschluss ziviler Initiativen, Menschen vor dem sicheren Tod zu bewahren, darf nicht zur Bestrafung führen. Menschen bewusst sterben zu lassen, ist in einer zivilisierten Gesellschaft niemals eine Option.

Die Stadtfraktion Bündnis90/Die GRÜNEN beantragt

1. sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer zu positionieren.
2. wohlwollend zur Kenntnis zu nehmen, dass auf Landesebene rechtlich geprüft wird, ob das zukünftige „Landesaufnahmeprogramm für Flüchtlinge in Not“ für Seenotgerettete geöffnet werden kann.
3. sich vor diesem Hintergrund zukünftig für aus Seenot Gerettete und aus Seenot Rettende einzusetzen und hierzu den Beitritt zum Bündnis „Sichere Häfen“ zu prüfen.



i.V Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen